

Auswirkungen der EU-Wahlanalysen auf das wirtschaftliche Umfeld und Investitionen

Elisabeth Christen

Expert Talk zur Standardisierungsstrategie
Austrian Standards, 12. Juni 2024



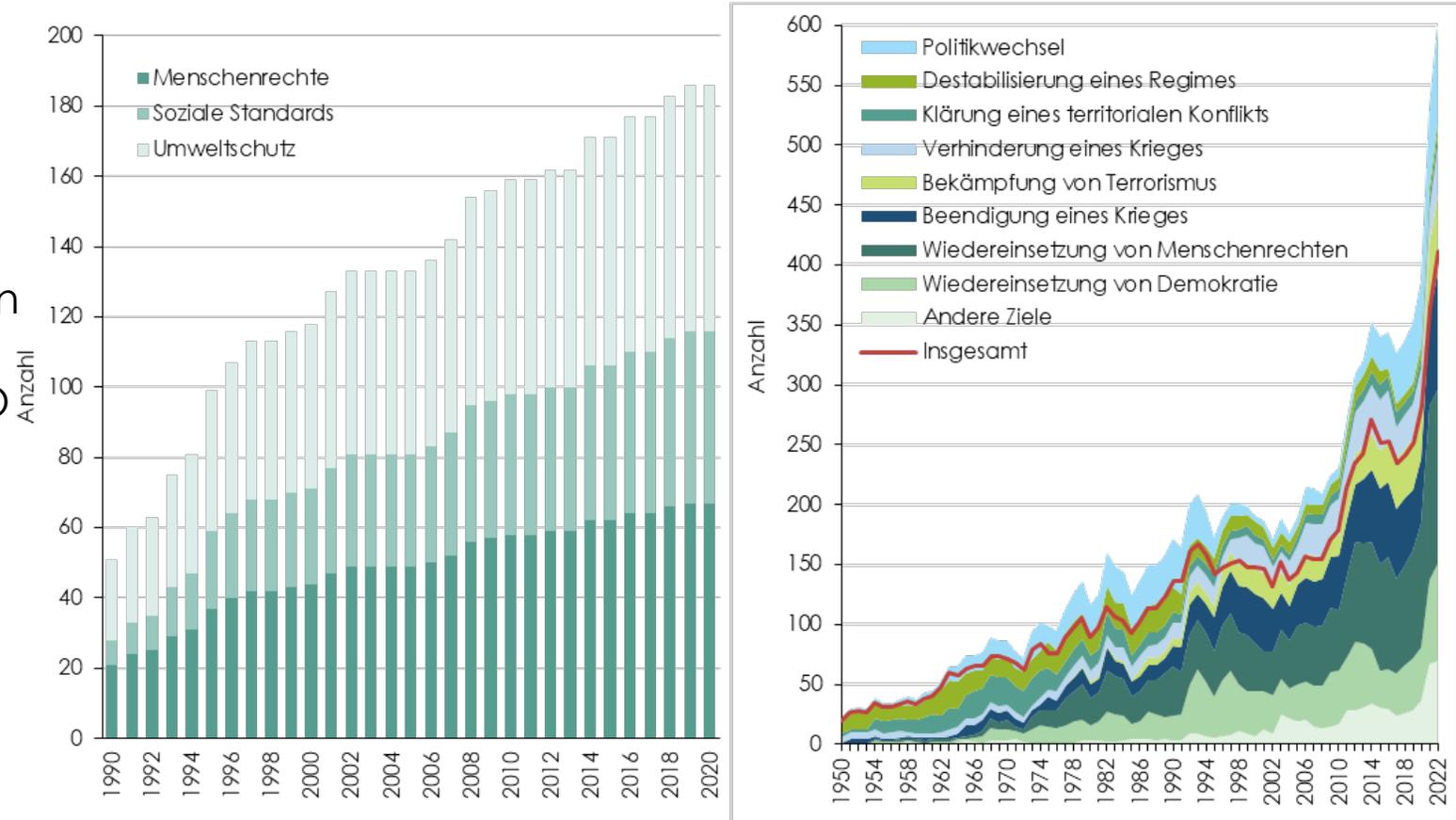
Agenda

- Digitalisierung, Klimawandel, Globalisierung – welchen Kurs nimmt die EU nach der Wahl?
- Status quo
 - Globale Transformation
 - Geopolitische Rivalitäten
 - Sicherung einer „offenen, strategischen Autonomie“
- Ökonomische Bedeutung von harmonisierten Standards für den EU-Binnenmarkt
 - Triebkräfte und Wirkungskanäle
- Fazit und Ausblick
 - Strategische Schwerpunkte für die nächste EU-Kommission

Geopolitisierung der Außenwirtschaftspolitik

- Globale Transformation
 - Klimawandel/Nachhaltigkeit
 - Digitalisierung
- Veränderung geoökonomischer und geopolitischer Rahmenbedingungen
 - Divergenzen/Rivalität zwischen den Wirtschaftsmächten
 - Abnehmende Bedeutung der WTO
 - Wachsende Herausforderungen durch digitale und ökologische Transformation
- Wirtschaftliche Abhängigkeiten als Mittel zur Erreichung außen- und geopolitischer Ziele

Zunahme nicht-handelspolitischer Ziele in EU-Handelsabkommen und geopolitisch motivierter Wirtschaftssanktionen



Q: Global Sanctions Database (Syropoulos et al., 2023), Lechner (2022), WIFO-Berechnungen.

Zeitenwende in der EU-Handelspolitik

- Umsetzung einer „**offenen, nachhaltigen und entschlossenen Handelspolitik**“
 - Strategische Schwerpunkte souverän wählen, im engen Austausch mit international Partnern bleiben und die „Welt um die EU herum“ aktiv mitgestalten
 - Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit sowie Nachhaltigkeit der EU-Wirtschaft stärken
 - Durchsetzungsfähigkeit und regelbasierte Zusammenarbeit fördern
- Schlüsselmaßnahmen
 - Multilaterale Ebene: Modernisierung und Reform der WTO sowie Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit des WTO-Streitbeilegungsmechanismus
 - Bilaterale Ebene: verbesserte Nutzung der EU-Handelsabkommen durch verstärkte Umsetzung und Durchsetzung der Verpflichtungen
 - Unilaterale Ebene: Ausbau autonomer Instrumente
 - Durchsetzung eigener Interessen und Werte (*Offensive Instrumente*)
 - Schutz vor unfairen Handelspraktiken und wirtschaftlichem Zwang (*Defensivinstrumente*)

Ziele der neuen handelspolitischen Instrumenten der EU

Anti-Coercion-Instrument (ACI)

- Abschreckung und Abwehr von wirtschaftlichen Zwang durch Drittstaaten

Durchsetzungsverordnung (ER)

- Stärkung der Handlungsfähigkeit bei Blockierung von Streitbeilegungsverfahren

Internationales Beschaffungsinstrument (IPI)

- Gleicher Marktzugang bei öffentlichen Auftragsvergabe (Reziprozität)

CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM)

- Gleiche Wettbewerbsbedingungen und Eindämmung von Carbon Leakage

Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz (CSDDD)

- Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes

Entwaldungsverordnung (DI)

- Reduktion der weltweiten Entwaldung und Waldschädigung

Bedeutung von harmonisierten Standards für die EU

- Unterschiede in Produktregulierungen, Zertifikaten, Standards → nicht-tarifäre Handelshemmnisse (NTBs)
- Triebkräfte für regulatorische Kooperation
 - Binnenmarkt treibende Kraft der Harmonisierung des regulatorischen Umfelds
 - Harmonisierung, Anerkennung und die regulatorische Äquivalenz durch Handelsabkommen
 - Marktmacht des Binnenmarktes eigene Standards, Normen und Regeln zu externalisieren: „Brussels Effect“ (Bradford, 2012, 2020) → Passive Dynamik (Marktzugang, Skaleneffekte, Kostenreduzierung, ...)
- Mehrdimensionale Wirkungskanäle: Produktivität, Innovation, Verbreitung neuer Technologien, Handelsverflechtung
 - Interoperabilität und Kompatibilität, Skaleneffekte und Effizienzgewinne, Abbau von NTBs, Austausch von Wissen und Technologien
 - Adressierung von globalen Herausforderungen/Zielen: Förderung der grünen und digitalen Transformation
- Steigerung der geoökonomischen Reichweite der EU → Stärkung der Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit und Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen
 - Stärkung des Binnenmarktes für Effektivität und Glaubwürdigkeit der Instrumente
 - Ausbau des Instrumentensets, wie z. B. Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-Instrument)
- Verteidigung des EU-Status als „Rulemaker“ bei der Gestaltung der globalen Handelsbeziehungen → v. a. im regulatorischen und geoökonomischen Wettbewerb mit den USA und China
- Chancen für EU-Vorreiterrolle, insbesondere beim Klimawandel → Balanceakt
- Forcierung von Partnerschaften, Kooperationen und Zusammenarbeit außerhalb Europas
 - Etwa 1/3 aller EU-Standards, die in Drittstaaten adaptiert werden, sind Standards basierend auf EU-Direktiven

„Soft power“-Potenziale der EU - Grüne Transformation

- EU Green Deal: „Soft power“-Instrument mit diversen Maßnahmen
- CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism)
 - Erweitert das Konzept nationaler CO₂-Bepreisung auf den THG-Gehalt von Importen → „territorial extension“
 - Eisen und Stahl, Zement, Düngemittel, Aluminium, Strom, Wasserstoffherzeugung
 - Anreiz für Emissionsreduktion bzw. Einführung einer CO₂-Bepreisung in Drittstaaten → Klimaklub
 - Erhöht Effektivität der EU-Klimapolitik
 - Schaffung eines Level Playing Field (am europäischen Markt)
 - Reduktion von Carbon Leakage
 - Aber: Wettbewerbswirkungen für EU-Exporte bleiben bestehen
- EU-Vorreiterrolle im internationalen Handel und bei Standardsetzung
- Mitdenken geopolitischer Auswirkungen in Bezug auf wirtschaftliche Diversifizierung, Energiesicherheit und globale Handelsmuster → gemeinsame Initiativen und enge Partnerschaften mit anderen Ländern
 - Unilaterale Einführung gefährdet globalen Konsens und Kooperationsbereitschaft im Klimaschutz → potenzielles Risiko von Handelsstreitigkeiten und Retorsion
 - Globale Emissionseffekte eines EU-Alleingangs gering → Adressierung globaler Externalitäten

Policy Regulations

Technical Convergence

Transmission of Values

„Soft power“-Potenziale der EU - Digitale Transformation

- Exporterfolg der Datenschutz-Grundverordnung (General Data Protection Regulation) → globaler Datenschutzstandard
 - 15 Drittstaaten und 13 US-Bundesstaaten → US-Bundesdatenschutzgesetz
 - Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA): Transparenz und gleiche Wettbewerbsbedingungen; Regeln für Gatekeeper Online-Plattformen
 - Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA): neuer Standard für Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen in Bezug auf u. a. Speicherung und Kommerzialisierung von Nutzerdaten, Desinformation, illegale Inhalte
 - EU-Verordnung über Künstliche Intelligenz (KI Act): umfassende Regulierung der KI nach Risikokategorien
- Paradigmenwechsel hin zur „digitalen und technologischen Souveränität“
 - Protect ↔ Shape and Regulate ↔ Promote
- Notwendigkeit eines kohärenten regulatorischen Rahmens als Mix aus offensiven und defensiven Maßnahmen
 - Maßnahmen zur Stärkung der eigenen technologischen Überlegenheit und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der digitalen Wirtschaft vorantreiben
 - Forschungszusammenarbeit fördern, statt Subventionswettbewerb (EU-Chips Act, US-Chips Act)
 - Vorschriften für den Wettbewerb und Zertifizierungskriterien (z. B. für Chipsprodukte) festlegen
 - Monitoring zur Umsetzung von EU-Standards, um Möglichkeiten und Hindernisse für die Zusammenarbeit zwischen Ländern aufzuzeigen
 - Digital Economy and Society Index (DESI) und European Sovereignty Index
 - Digitalen EU-Binnenmarkt und Umgang mit Drittstaaten verbessern
 - Abhängigkeiten und Risiken im EU-Lieferkettennetzwerk identifizieren

Policy Regulations

Technical Convergence

Transmission of Values

Fazit und Ausblick

- „Geopolitische Kommission“: hat Digitalisierung und Ökologisierung zum Kernprojekt erhoben und verankert
- Neue Instrumente markieren einen bedeutenden Wandel in der handelspolitischen Strategie der EU
 - Setzen Akzente, um mit den Herausforderungen der „Geopolitik des internationalen Handels“ umzugehen
 - Verbreitern die handelspolitischen Ziele auf außen- und sicherheitspolitische, ökologische und humanitäre Belange
 - Herausforderung:
 - Koordinierte Anwendung der Instrumente, um Inkonsistenzen zu vermeiden und Zielkonflikte auszugleichen
 - Richtiger Mix aus defensiver und offensiver Politik
- Festlegen von Normen und Standards als wichtiges Instrument zur Stärkung der regelbasierten Ordnung
- EU-Binnenmarkt als wichtigstes Instrument und Asset der EU
 - Größe, Tiefe und Dynamik: defensives und offensives Druckmittel im Umgang mit Drittstaaten
 - Marktzugang zum EU-Binnenmarkt → Schlüsselrolle für die Effektivität und Glaubwürdigkeit der handelspolitischen Instrumente
 - Stärkung und Vollendung des Binnenmarktes als wirksame Strategie, um Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und wirtschaftlicher Fragmentierung und Unsicherheit entgegenzuwirken
- Strategische Schwerpunkte
 - Reform, Vertiefung und Erweiterung der EU: Handlungsfähigkeit; Rechtsstaatlichkeit und Legitimation; Binnenmarkt und Erweiterung
 - Schnittstellen zwischen Politikfeldern: Klima- und Energiepolitik; Wirtschaft, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit; Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

WIFO

 ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Elisabeth Christen

elisabeth.christen@wifo.ac.at

(+43 1) 798 26 01 - 241

https://www.wifo.ac.at/elisabeth_christen

@ElisabChristen

